

AL Info⁶ / 15

- 3 Ladina Barbadimos erzählt im Interview, wo sie ihre Energie für ihr grosses Engagement herholt.
- 4 Daniel Meier vom Initiativkomitee erklärt uns, was die Vollgeldinitiative will.
- 5 TiSA/TTIP: Die beiden Abkommen schränken den service public und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten ein. Ein Überblick.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

NR-Wahlen 15: Schade!

Wir sind uns alle einig: Schade, haben wir den Sitz im Nationalrat nicht geholt und doppelt schade, weil es noch nie so einfach gewesen wäre.

Wir sind auf hohem Niveau gestartet, durch den Erfolg der Kantonsratswahlen lag die Messlatte bei 2.98% Wahlanteil ziemlich hoch. 8533 Wählerinnen und Wähler legten im Frühling unsere Liste ein, 8555 waren es diesmal. Nominal haben wir also um 22 Wählende zugelegt. Leider macht das bei 1.5-facher Wahlbeteiligung einen Wahlanteil von nur noch 2.01% aus. Für den Sitz fehlten 0.37% oder 1560 zusätzliche Leute, die unsere Liste eingeworfen hätten. Wir haben es also geschafft, unser Kernelektorat zu mobilisieren, mehr aber nicht. Damit liegen wir im Trend vergangener Nationalratswahlen. Seit der Stadtratsersatzwahl 2013 hat die AL zugelegt, gegenüber 2011 haben wir den Wahlanteil in der Stadt Zürich massiv gesteigert: Kreis 12 +128%, Kreis 7/8: 90%, der tiefste Wert mit +51% im Kreis 6 immer noch extrem hoch.

Faktoren für die Nichtwahl

Wir sind mit einem dreifachen Handicap angetreten: Wir waren nicht im Nationalrat vertreten und gehören keiner nationalen Partei an. Dadurch wurden wir medial schlechter wahrgenommen, da der Fokus auf den bereits im Nationalrat vertretenen Parteien liegt, was in Kombination mit der Tendenz, bei nationalen Wahlen die grossen Bundesratsparteien zu wählen nicht gerade förderlich ist. Zumal die Wahlen im Zeichen wirtschaftlicher und aussenpolitischer Verunsicherungen und Ängste standen und sich dadurch der Trend, FDP, SVP und SP zu wählen, verstärkte.

Eine weitere Folge davon ist, dass potentielle AL-Wählerinnen und Wähler ihre Stimme für die AL als verloren fürchteten und daher die sichere Seite und somit SP wählten. Hier haben wir es nicht geschafft, die Botschaft nachhaltig zu platzieren, dass aufgrund der Listenverbindung mit SP und Grünen keine Stimme der Linken verloren geht. Der Wahlausschuss ist sich im Nachhinein sicher, dass die SP dank der Kandidatur Jossitsch profitiert hat, und wir mit einer eigenen Ständeratskandidatur von grösserer Aufmerksamkeit profitiert hätten.

Grosse links-alternative Konkurrenz

Wir sind in der Flut von 35 Listen untergegangen. Unser Wahlanteil reduziert sich ebenfalls traditionsgemäss bei nationalen Wahlen, weil zusätzliche Parteien aus dem alternativ-linken Spektrum mit eigenen Listen zur Wahl antreten. Besonders entscheidend bei diesen Wahlen war die Liste Kunst + Politik, welche 2307 Wählerinnen und einen Wahlanteil von 0.54% verbuchen konnte. Wir gehen davon aus, dass viele davon auf bisherige oder potentielle AL-Wähler entfielen.

Keine neuen WählerInnen mobilisiert

Wir haben es nicht geschafft, neue Wählersegmente zu erschliessen. Einerseits sehen wir die Gründe dazu in der bescheidenen Begeisterung für Nationalratswahlen im Allgemeinen: Das Mitmachen für eine nationale Wahl ist für viele weiter weg, als das bei den Kantonsratswahlen der Fall war. Im Speziellen ist nach vier Wahlgängen in nur 2.5 Jahren bei vielen Aktiven eine Wahlkampfmu-

digkeit zu spüren. Kommt hinzu, dass die Kantonsratswahlen erst gerade diesen Frühling stattgefunden haben und die Sommer- und noch stärker die Herbstferien die Phase des Wahlkampfes ungünstig unterbrochen. Zudem ist die Aussicht auf einen einzelnen Sitzgewinn nicht gerade motivierend für die 34 anderen Kandidierenden auf der Liste. Ein Spitzenkandidat reicht nicht, um den Wahlkampfkarren zu ziehen, da sind 5 oder gar 9 Spitzenkandidierende plus die wichtigen Zweitplatzierten weitaus effizienter. Dass wir weniger gut mobilisieren konnten, hat sich auch an folgenden Faktoren gezeigt: Es war schwieriger, das budgetierte Geld von 110 000 Franken zu sammeln. Wir haben ein Defizit von rund 12 000 Franken.

Auch fanden weniger Standaktionen statt und wir haben rund 70 000 Flyer weniger verteilt als bei den Kantonsratswahlen. Lediglich online konnten wir das Niveau der Kantonsratswahlen noch überbieten.

Grossen Dank für die Unterstützung

Wir werden die Lehren aus dieser Bilanz ziehen müssen. Das Wichtigste ist wohl aber, dass wir uns jetzt wieder voll in die inhaltliche Arbeit stürzen, bei den wichtigen Themen dran bleiben und unsere Politik weiterhin erfolgreich vorantreiben. Denn 8555 Wählerinnen und Wähler sind letztlich doch ein Beweis dafür, dass es Alternativen braucht. Ihnen allen und den unzähligen Helferinnen und Helfern danke ich herzlich für die tatkräftige Unterstützung im Wahlkampf.

**Für den Wahlausschuss
Markus Bischoff**

Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 28. Februar 2016:

BUND

«Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» **NEIN**

Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative) **NEIN**

Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln! **JA**

Sanierung Gotthard-Strassentunnel **NEIN**

KANTON ZÜRICH

Bildungsinitiative **JA**

Abschaffung der Grundbuchgebühren **NEIN**

Lohndumping-Initiative **JA**

STADT ZÜRICH

Im nächsten AL-Info

Finanzen

Wir richten den Blick in die Zukunft: Unsere Kampagne Kinderbetreuung braucht Geld, viel Geld. Wir sind dankbar für Spenden auf PC 87- 63 811- 5 IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5, mit dem Vermerk «Kinderbetreuung» Vielen Dank!

Termine

Dienstag, 5. Januar 2016, 18 Uhr: AL-Neujahrsapéro. Einladung folgt.

Dienstag, 26 Januar 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Dienstag, 23. Februar 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Impressum

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Dayana Mordasini
Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45
IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich
Layout Corin Schäfli, Dayana Mordasini
Redaktion Dayana Mordasini, Corin Schäfli, Niklaus Scherr.

Spekulationsstopp

Die Spekulationsstopp-Initiative hat eine einfache Forderung: Schluss mit dem zynischen Spiel der Banken mit dem Essen. Mit der Spekulation um Lebensmittel bereichern sich die Reichsten auf Kosten der Ärmsten.

Wir reden hier nicht nur von einer metaphorischen Schere die sich öffnet, sondern schlicht von Hungersnöten – wie sie heute ressourcentechnisch vollkommen unnötig wären. Auch die Schweiz zockt mit bei diesen passiv gewalttätigen Wetten, deren Folgen willkürliche Schwankungen und der langfristige Anstieg von Preisen sind – Preisen von Lebensmitteln, mit deren Produktion sie nichts zu tun haben und die die Lebensgrundlage von uns allen stellen, von den Ärmsten weltweit bis zu den SpekulantInnen aus der Elite der monetär dominierten Gesellschaft. Der Finanzmarkt macht jenseits der realen Wirtschaft enorme finanzielle Profite, für die jedoch ein materieller Preis gefordert wird: das Essen. Und zwar nicht in erster Linie unseres...

Das Recht auf Nahrung

... sondern das der Ärmsten. Der monetäre Gegenwert von Nahrung ist entscheidend für die Frage, wie sehr wir die Spiele der Spekulanten zu spüren bekommen. Deshalb trifft es nicht uns am härtesten, die wir lediglich 10-20 Prozent unseres Einkommens für Essen ausgeben müssen, sondern in erster Linie die weniger industrialisierten Länder, wo zum Teil bis zu 80 Prozent des durchschnittlichen Einkommens für Nahrung verwendet wird. Das Recht auf Nahrung wurde mit dem UN-Sozialpakt (1966) als Menschenrecht verankert. Hunger ist jedoch längst kein Problem mehr, das die Natur uns stellt und das wir bekämpfen müssen, sondern eines, das wir aufhören müssen, zu verursachen.

Von der Absicherung zur Spekulationschlacht

Das Prinzip der Absicherungsverträge, deren Zweck es war, die Preise zu stabilisieren, und mit denen ebenfalls an der Börse gehandelt wurde, hat sich im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte in den 90ern in sein Gegenteil verwandelt. Regulierungen wurden abgeschafft und machten Spekulationen ohne Grenzen möglich. So hörte die stabilisierende Wirkung dieser Verträge auf zu greifen und verwandelte sich in ihr Gegenteil.

Ein historisches Beispiel

In den Jahren 2007/08 schnellten die Nahrungspreise weltweit in die Höhe. Der

Grund dafür waren aber nicht hauptsächlich, wie vielfach behauptet wurde, Ernteaufschläge, sondern, laut Studien der Weltbank, in erster Linie Spekulationen, die die Preise in manchen Ländern, wie Somalia um bis zu 300 Prozent in die Höhe schnellen liessen. Die so ausgelösten Hungersnöte betrafen 61 Länder und die Zahl der Hungernden stieg erstmals auf eine Milliarde Menschen.



An alle die jetzt schon wieder um die Schweizer Wirtschaft fürchten:

Der Finanzmarkt hat keinen volkswirtschaftlichen Nutzen. Auch ist die stärkere Regulierung der Spekulation auf Rohstoffe keine revolutionäre Idee, mit der die Schweiz eine Vorreiterrolle übernehmen oder unbekanntes Terrain beschreiten würde, sondern lediglich eine Massnahme zur Bekämpfung dringlicher globaler Probleme. Auch die USA und die EU haben diese bereits erkannt und arbeiten an Lösungen. Deshalb ist nicht davon auszugehen, dass eine nennenswerte Abwanderung des Marktes stattfinden würde. Ein einsichtiger Mensch, der diese These bestreitet, wird der Initiative trotzdem zustimmen müssen, da die Auswanderung einiger Banker aus der Schweiz kaum ernsthaft den Nöten gegenübergestellt werden kann, die durch das Fehlen der geforderten Regulierung hervorgerufen werden.

Risiken und Nebeneffekte: Die Profite der Grossbanken könnten minimal leiden.

Corin Schäfli

Fraktionssekretariat

Seit Anfang November ist Ursina Klausner AL-Fraktionssekretärin. Die 29-jährige Historikerin arbeitet neben der 30% Anstellung bei der AL zu 60% als wissenschaftliche Projektleiterin im Staatsarchiv Zürich. Sie ist ab sofort für die beiden Fraktionen zuständig und unterstützt die Fraktionspräsidenten bei der Traktandierung, der Protokollierung, bei der Medienarbeit und auch für die Kampagnenarbeit auf dem Sekretariat. Wir freuen uns, dass mit Ursina eine sympathische und intelligente Frau unser Team bereichert.

Ladina Barbadimos im Gespräch



Du könntest jetzt Kantonsrätin sein, wenn Markus gewählt worden wäre. Findest du es schade oder bist du erleichtert?

Manchmal zweifle ich an der Politik. Markus wäre eine absolute Bereicherung im Nationalrat gewesen. Aber ich sehe auch ein enormes Potential in den Protestbewegungen. Irgendwie gehöre ich dahin, auf die Strasse in Formation artikulationalstarker Interessensgruppen. Ich habe das Verlangen, eine abgeschwächte Form von Protest auf parlamentarischem Weg einzubringen oder es zumindest einmal zu versuchen. Ja, ich finde es schade, dass ich jetzt nicht Kantonsrätin bin, bin aber auch erleichtert, dass ich noch etwas Zeit habe.

Du hast einen auffällig engagierten Wahlkampf betrieben. War da Kalkül dahinter oder hat es dir einfach Spass gemacht?

Die ständigen Wahlkämpfe gehen mir gegen den Strich. Ich wusste: Entweder ich steige aus oder ich mache es mit Humor und nutze den Wahlkampf als mein persönliches Spielfeld. Der Humor dient mir auch als Selbstschutz und zur Abgrenzung. Ich möchte keine verbitterte Politikerin werden.

Es geht darum, sich einen Spass daraus zu machen und den Wahlkampf neu zu denken. Dabei spielt die innere Einstellung eine wichtige Rolle. Mir war es egal, ob ich etwas darf oder nicht, und das gefällt mir auch an der AL, da ticken viele ähnlich.

Also doch Kalkül?

Einfach so mache ich das schon nicht...

Du bist neue AL-Schulpflegerin. Weshalb hast du dich für dieses Amt interessiert?

Ganz ehrlich: ich weiss es nicht. Vielleicht liegt es daran, dass ich mich für Bildungsfragen sehr interessiere.

Was für eine Bildungspolitik wünschst du dir?

Man muss das Rad nicht neu erfinden. Aber was die Bildungspolitik in der Schweiz betrifft, brauchen wir keine neue

Bildungsreform – wir brauchen eine Bildungsrevolution! Ich frage mich, weshalb Ergebnisse aus Forschungen kaum in das Bildungssystem einfließen. Auch braucht es mehr Wertschätzung gegenüber der Arbeit mit Kindern. Es erschliesst sich mir nicht ganz, weshalb eine Lehrperson der Hochschule mehr verdient als eine Lehrperson im Kindergarten. Es steht in keinem Verhältnis zur Verantwortung, die diese Lehrpersonen tragen. Die ersten sechs Jahre sind die prägendsten Jahre der Entwicklung. Es lohnt sich, dort zu investieren. Der Staat sollte mehr in die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung investieren. Ich finde es bedenklich, dass der Fokus bei den Krippen auf den Sicherheits- und Hygienrichtlinien liegt und nicht auf einem Betreuungskonzept.

Was würdest du sofort ändern, wenn du könntest?

Was die Primarschule betrifft, haben Hausaufgaben dort nichts verloren. Das sind Schulaufgaben und gehören in die Schule. Hausaufgaben reproduzieren geradezu die soziale Ungleichheit. Kinder aus benachteiligten sozioökonomischen Verhältnissen haben nicht die Ressourcen, zu Hause die Hausaufgaben zu bewältigen. Zudem sollen Kinder nach der Schule raus, sich mit anderen treffen, spielen, sich bewegen, Erfahrungen sammeln, auf Bäume klettern, auch mal hinunterfallen und keinem Leistungsdruck unterworfen werden. Auch finde ich Noten in den ersten sechs Schuljahren nicht erforderlich.

Ich würde die obligatorische Schulzeit auf 12 Jahre erhöhen. Ich erachte das duale Bildungssystem als sehr lobenswert, aber die Hochschulen müssten für alle zugänglich sein, die studieren möchten.

Wahlkampf, Schulpflegerin mit Kommissionsamt, neu AL-Vorstand, Studium, Arbeit und Familie: Wie schaffst du das alles?

Ich musste die Ansprüche etwas relativieren und ich würde sagen, alles in allem, bin ich überall ausreichend, aber mit Herzblut dabei. Eine tragende Rolle dabei spielt natürlich auch mein Mann.

Inwiefern?

Die Antwort auf:

Interview:

Dayana Mordasini



AL Filmtipp

Mischa Schiowow empfiehlt:



Heimatland. Spielfilm. Schweiz 2015.

Es ist Herbst und wird kalt in der Schweiz. Plötzlich steht eine unerklärliche und furchteinflössende Wolke über dem Land. Ihre

Herkunft ist den Experten ein grosses Rätsel und sie können lediglich feststellen, dass sie kontinuierlich wächst und ihre Entladung nur eine Frage der Zeit ist. Noch ist es windstill draussen, doch die Wolke hängt wie ein Damoklesschwert über der Schweiz. HEIMATLAND nutzt diesen Zustand der allgemeinen Verunsicherung für eine aktuelle Bestandsaufnahme der Schweiz: Zehn junge Regisseur/innen aus der West- und Deutschschweiz beleuchten Menschen, Mentalitäten und Milieus der Schweiz und verweben diese persönlichen Episoden zu einer grossen, gemeinsamen Geschichte. Parallel verknüpfen die verschiedenen Episoden des Films die Schuldfrage der Schweizer Vergangenheit mit den Versäumnissen der Gegenwart. Ab 12. November im Kino.



Zwischen Himmel und Eis. Dokumentation. Frankreich 2015.

«Zwischen Himmel und Eis» begleitet den französischen Gletscherforscher Claude Lorius auf

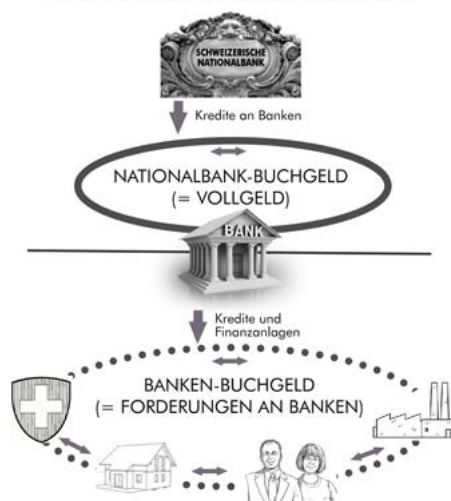
eine letzte Expedition ins Herz der Antarktis. Oscar-Preisträger Luc Jacquet («Die Reise der Pinguine») dokumentiert mit spektakulären Naturaufnahmen und packendem Archivmaterial Lorius' lebenslanges Bestreben, die Veränderungen des Klimas und ihre Auswirkungen auf unser Ökosystem aufzuzeigen. Beeindruckend ist die Zusammenarbeit – mitten im Kalten Krieg – zwischen Forschungsteams aus Frankreich, den USA und der Sowjetunion, deren 1500 Kilometer im Landesinnern gelegene Station Wostok am tiefsten in den Weissen Kontinent vorgestossen ist. Das ewige Eis schliesst Luftbläschen ein, welche von der klimatischen Entwicklung über Jahrtausende zeugen und die Spur des Menschen von der Erfindung der Dampfmaschine bis zum Atombombenabwurf in Hiroshima nachweisen lassen. Ein filmischer Appell an unsere Verantwortung beim Klimawandel. Ab 26. November im Kino.

Vollgeld-Initiative

Die Vollgeld-Initiative verwirklicht, was die meisten Menschen heute schon für Realität halten: Allein die Nationalbank erzeugt unser Geld – nicht nur Münzen und Banknoten, sondern auch das elektronische Geld auf unseren Konten. Und die Banken sind zuständig für Zahlungsverkehr, Vermögensverwaltung und Kreditvermittlung. Sie können aber kein eigenes Geld erzeugen.

Vollgeld ist vollwertiges gesetzliches Zahlungsmittel, das von der Nationalbank in Umlauf gebracht wird. Heute sind nur Münzen und Banknoten Vollgeld. Demgegenüber ist elektronisches Geld die Summe aller Zahlen auf unseren Konten.

HEUTE: ZWEI GETRENNTE GELDKREISLÄUFE



Das Buchgeld der Nationalbank kommt nicht in den Wirtschaftskreislauf. Es dient nur dem Zahlungsausgleich zwischen Banken und regulären Zwecken. Alles elektronische Geld auf unseren Konten wird von den Banken erzeugt. Nur die Münzen und Geldscheine wandern durch beide Geldkreisläufe.

Dieses virtuelle Geld kommt nicht von der Nationalbank, sondern wird von den Banken erzeugt. Es ist kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern nur ein Versprechen einer Bank, uns bei Bedarf Bargeld auszuzahlen.

Nationalbank erschafft alles Geld

Es ist das Ziel der Vollgeld-Initiative, dass neben Münzen und Noten zukünftig auch unser elektronisches Geld allein von der Nationalbank hergestellt wird. Damit wird es zu Vollgeld, also zu einem vollwertigen gesetzlichen Zahlungsmittel. Dies ist nötig, da Bargeld heute nur noch 10% des gesamten umlaufenden Geldes ausmacht, 90% sind mittlerweile elektronisches Geld.

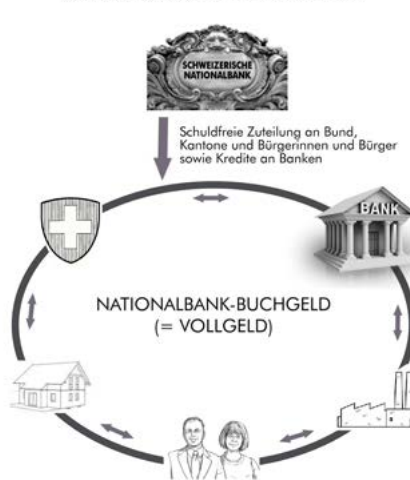
Bis Ende des 19. Jahrhunderts durften die privaten Banken eigene Banknoten drucken. Wir Schweizer haben 1891 den Banken das Drucken von Banknoten verboten und zu einer Aufgabe der Nationalbank gemacht. Durch das Aufkommen des elektronischen Zahlungsverkehrs erhielten die Banken jedoch erneut die

Möglichkeit, eigenes Geld zu erschaffen.

Die heutige Realität entspricht deshalb nicht der Intention der Bundesverfassung und somit der Stimme des Volkes (Art. 99: «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes»). Die Vollgeld-Initiative will das korrigieren und den Banken auch das Schaffen von elektronischem Geld verbieten. Allein die demokratisch kontrollierte, dem Gesamtinteresse des Landes verpflichtete Nationalbank soll elektronisches Geld erzeugen können.

Dann dürfen Banken kein eigenes Geld mehr kreieren, sondern nur noch Geld verleihen, das sie von Sparern, ande-

VOLLGELD: NUR EIN GELDKREISLAUF



Mit der Vollgeld-Reform erzeugt nur noch die Nationalbank elektronisches Buchgeld. Die Banken können nur das Geld verleihen, das ihnen dafür zur Verfügung gestellt wurde. Sie sind Finanzdienstleister, aber keine Geldschöpfer mehr.

ren Banken oder, soweit nötig, der Nationalbank zur Verfügung gestellt bekommen. Banken bleiben trotzdem Banken: Auch mit Vollgeld übernehmen die Banken weiterhin Zahlungsverkehr, Kreditvermittlung und Vermögensverwaltung. Nur die Möglichkeit, selbst Geld zu erzeugen, wird den Banken entzogen.

Ja zum traditionellen Bankgeschäft

Vollgeld fördert folglich das traditionelle und solide Bankgeschäft. Banken können auch mit Vollgeld rentabel und langfristig stabil arbeiten. Die Arbeitsplätze in der Bankenbranche bleiben gesichert. Das zeigt die PostFinance, die erfolgreich wirtschaftet, ohne selber Geld zu erschaffen. Da die PostFinance heute keine volle Banklizenz besitzt, kann sie durch Kreditvergabe kein Geld erzeugen, sondern nur mit Geld arbeiten, das ihr von Sparern oder Banken zur Verfügung gestellt wird; trotzdem machte sie in den letzten Jahren durchschnittlich rund 600 Millionen Franken Gewinn. Auch Versicherungen

und andere Finanzunternehmen arbeiten rentabel, ohne selbst Geld herzustellen.

Ja zur fairen Marktwirtschaft

Das Privileg der Banken, Geld zu erzeugen, kommt ausserdem einer enormen staatlichen Subvention gleich. Sie haben dadurch ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile gegenüber allen anderen Unternehmen. Diese müssen sich die Mittel für Investitionen zuerst selbst erarbeiten oder zinspflichtig ausleihen. Auch eine Privatperson kann nur so viel Geld ausgeben, wie sie zur Verfügung hat. Banken hingegen arbeiten heute mit Geld, das sie selbst herstellen und verleihen somit Geld, das sie gar nicht haben und kaufen damit sogar Immobilien und Wertpapiere. Eine solche Wettbewerbsverzerrung passt nicht zu einer fairen Marktwirtschaft. Mit Vollgeld werden die Banken allen anderen Unternehmen gleichgestellt. Sie können nur noch mit Geld arbeiten, das ihnen von SparerInnen, anderen Banken oder soweit nötig von der Nationalbank zur Verfügung gestellt wird.

Ja zur Stabilität

Die Investmentbanken experimentieren mit immer risikoreicheren Finanzprodukten und erzeugen dazu übermässig viel Geld: Zwischen 1990 und 2012 wuchs die Geldmenge in der Schweiz fünf Mal schneller als die Wirtschaftsleistung (BIP). Die Folgen sind Spekulationsblasen, zum Beispiel im Immobiliensektor und an den Aktienmärkten. Die deshalb geforderten Eigenkapitalerhöhungen für Banken sind zwar sinnvoll, genügen aber bei weitem nicht.

Nur eine an das Wirtschaftswachstum angepasste Geldmenge gewährleistet die Stabilität der Finanzmärkte und der Realwirtschaft. Das funktioniert nur, wenn die Nationalbank die umlaufende Geldmenge tatsächlich bestimmen kann, indem sie auch alles elektronische Geld erschafft. Die Nationalbank ist im Unterschied zu den Geschäftsbanken dem «Gesamtinteresse des Landes» (Bundesverfassung Art. 99) und der Preisstabilität verpflichtet.

Diese Initiative packt das Grundübel des Geldsystems an der Wurzel. Es handelt sich um die längst fällige, logische Erweiterung des bewährten Bargeld-Systems auf das elektronische Geld.

Daniel Meier, Initiativkomitee

Die Vollgeld-Initiative ist mit über 110 000 Unterschriften zustande gekommen, sie wird am 1.12. eingereicht. vollgeld-initiative.ch

TiSA & TTIP oder das Ende der Politik

Das Dienstleistungsabkommen TiSA und TTIP, das transatlantische Freihandelsabkommen USA-EU, bedrohen den service public und stellen die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik tiefgreifend infrage. Beide werden zurzeit unter allergrösster Geheimhaltung verhandelt.

Dienstleistungsabkommen GATS...

1995 wurde im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO das GATS verabschiedet, das «General Agreement of Trade in Services», bei dem auch die Schweiz dabei ist. GATS schafft die Grundlage für eine permanente Liberalisierung des Dienstleistungssektors und damit auch von Basisdienstleistungen, die heute von der öffentlichen Hand als «service public» erbracht werden und zu denen alle freien Zugang haben müssen: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Wasser, Verkehr, Entsorgung, Post, Telekommunikation, Alterspflege etc. GATS gilt verbindlich für alle staatlichen Ebenen, also für Bund, Kantone und Gemeinden. Mit der zwingenden Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern beschränkt es die Möglichkeit der Behörden zu einer eigenständigen Politik bei den öffentlichen Dienstleistungen.

... mit begrenztem Flurschaden

Bis heute ist der Flurschaden von GATS für die Schweiz begrenzt geblieben, weil 1995 viele Ausnahmen ausbedungen wurden. Strittig und in der Tragweite unklar sind die bereits gewährten Zugeständnisse in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Seit 2000 stocken die vorgesehenen weiteren Liberalisierungsrunden dank berechtigtem Widerstand der Länder des Südens. Auf Initiative der weltweit mächtigsten Konzerne verhandeln deshalb seit 2012 «The Really Good Friends of Services» – rund 50 Länder, angeführt von USA, EU, Kanada und Japan – unter aktiver Mitarbeit der Schweiz und in völliger Geheimhaltung in Genf das neue Dienstleistungsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement).

Aushebelung der Politik mit TiSA

Demokratiepolitisch ist TiSA noch viel heikler als GATS, weil es die Politik faktisch aushebelt:

Negativlisten: Jeder Staat muss eine Liste vorlegen, welche Dienstleistungen er von der Marköffnung ausnehmen will. Für alles, was fehlt, gilt zwin-



gend Marköffnung. Beim GATS galten dagegen Positivlisten: Man musste aktiv deklarieren, was geöffnet werden soll. Mit TiSA wären künftige Dienstleistungsarten, die wir heute nicht kennen und die darum auf der Negativliste fehlen, zwingend der Marköffnung unterstellt.

Ratchet-Klausel: Eine einmal realisierte Marköffnung darf nicht mehr zurückgenommen werden, selbst wenn sie sich als völlige Pleite erwiesen hat. Einmal ausgelagert, könnten ewz oder die Stadtspitäler niemals mehr re-kommunalisiert werden.

Standstill-Klausel: Die Regulierungsdichte bei Unterzeichnung des Abkommens darf künftig nicht mehr erhöht werden.

Future-proofing-Klausel: Sämtliche künftigen, heute noch nicht bekannten Dienstleistungen, etwa neue Energieträger oder IT-Prozesse, sind zwingend der Marköffnung ausgeliefert. Ein staatliches Monopol wie bei der Elektrizität wäre nicht mehr möglich.

TTIP ante portas

Beim Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP zwischen USA und EU sitzt die Schweiz nicht mit am Verhandlungstisch. Ist aber von allfälligen negativen Ausschlussfolgen betroffen. Darum wollen bürgerliche Kreise, die seit dem 18. Oktober in Bern die Mehrheit stellen, die Schweiz an TTIP andocken, falls es zustandekommt. Einer der zentralen Knackpunkte ist die private Schiedsgerichtsbarkeit, die TTIP vorsieht. Solche Klauseln kennen zwar auch schon zahlreiche Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, die auch die Schweiz ratifiziert hat.

In den letzten beiden Jahrzehnten ist diese Privat- und Geheimjustiz jedoch in rasant wachsendem Umfang von Grosskonzernen genutzt worden, um Staaten wegen nicht genehmer politischer Regulierungen auf Schadensersatz wegen «Enteignung» zu verklagen. Aktuelle Beispiele: Vattenfall gegen Deutschland wegen der Stilllegung von AKW's, Lone Pine gegen Quebec wegen einem vorläufigen Fracking-Verbot, Philipp Morris gegen Australien wegen Einschränkungen der Tabakwerbung. TiSA und TTIP torpedieren den service public und zementieren die Macht der Konzerne – Widerstand ist gefragt.

Niklaus Scherr

Widerstand regt sich

Gegen TTIP formiert sich seit einiger Zeit eine mächtige Bürgerbewegung in ganz Europa, mit Grossdemonstrationen in Deutschland und einer gesamteuropäischen Bürgerinitiative zuhänden des EU-Parlaments. Bereits anfangs des 21. Jahrhunderts haben weit über 1000 Gemeinden in Europa Anti-GATS-Motionen verabschiedet, sich zu GATS-freien Zonen erklärt oder den Abbruch der GATS-Verhandlungen gefordert. Auf Antrag der AL erklärte sich auch die Stadt Zürich im November 2005 als GATS-freie Zone. 2014 hat sich Carouge zur ersten TiSA-freien Stadt der Schweiz erklärt. Am 28. Oktober 2015 folgte die Stadt Zürich, die mit 83 zu 39 Stimmen einem Postulat der Grünen zustimmte. Mit einer bemerkenswerten Premiere: Die SVP-Fraktion stimmte dem Vorstoss geschlossen zu. Weiterhin gilt: Aufklärung tut dringend not!

Schlapphut-träume



Einst am Abend, allein im Büro – ganz dunkel – stöberte ein Schlapphut nach einem Gemunkel.

Von einem vagen Hinweis getrieben, er suchte hier, er suchte dort, wollte ans Ziel und zwar sofort.

«Hätte ich doch noch die Fichen», seuzft er, «der Lausebub liesse sich sicher sofort erwischen!»

Wie früher, als über Frau Müller in dicken Akten zu lesen war: «Wählt Kommunisten und war in den Ferien beim Ungar.» Doch halt, nun gibt es ja das Internet – «Wenn ich dort Zugriff auf alles hätt!» In aller Bequemlichkeit vom Büro aus in Computer eindringen, das wäre nett, in die Suche eingeben «Terrorist» und schon erschienen alle Verdächtigen auf einer List!

Der Schlapphut schlummert in die Nacht, im Traum er dabei die ganze Schweiz überwacht. Am Morgen: «Ich glaub nicht was ich seh!» – beschlossenen hat der Nationalrat das NDG!

Kabelaufklärung, Trojaner, Telefonabhören, Mails mitlesen, alles möglich! «Hurra», ruft der Schlapphut, «das ist die neue Zeit, bei der niemand vor der Überwachung ist gefeit».

Endlich weiss ich wieder Bescheid, was die Frau Müller wieder so treibt. Und weil die Daten ja sowieso vorhanden sind, werf ich grad noch einen Blick auf Herr Meiers Sünd.

Wer hätte gedacht, dass auch nach Snowden und NSA eine Totalüberwachung akzeptiert sei? Ohne Murren wird es akzeptiert, jede und jeder ist registriert, und wenn sie nicht pensioniert sind, dann schnüffeln die Schlapphüte weiter und weiter und weiter ...

Ist Ihnen egal, was der Schlapphut macht? Wenn die flächendeckende Überwachung durch die Geheimdienste möglich ist? Oder denken Sie, dass Meinungs- und Informationsfreiheit wichtige Bestandteile der Demokratie sind? Dann unterschreiben Sie das Referendum gegen das NDG unter nachrichtendienstgesetz.ch oder auf dem beiliegenden Referendumsformular unterschreiben. Gerne diesen sofort zurück schicken. Vielen Dank.

David Berger, AL-Gemeinderat Winterthur

JA zur Bildung!

Die Zürcher Bildungsinitiative «Für die öffentliche Bildung!» kommt am 28. Februar 2016 zur Abstimmung.

Die Bildungsinitiative verlangt einen Zusatz von Artikel 115 (Bildungswesen) der Kantonsverfassung, welcher den kostenlosen Besuch der öffentlichen Bildungseinrichtungen des Kantons Zürich für alle im Kanton wohnhaften Kinder, Jugendlichen und junge Erwachsene, Frauen und Männer garantiert. Schullager, Ausflüge, Musikunterricht und Lehrmittel der Volks-, Berufs- und Mittelschulen sollen künftig kostenlos sein. An Universitäten und Fachhochschulen sind mit der Änderung weder Einschreibe-, Semester- noch Prüfungsgebühren zu bezahlen. Im Gegensatz zu den BerufsschülerInnen sollen die Studierenden ihre Bücher und Hilfsmittel weiterhin aus dem eigenen Sack berappen. Dies auch, weil die Uni-, Instituts- und Zentralbibliotheken einen unschlagbaren Service bieten. Ausgenommen von der Gebührenbefreiung ist vorerst noch die berufsorientierte Weiterbildung. Das übergeordnete Bundesgesetz lässt eine Konkurrenz der öffentlichen Bildungseinrichtungen zu tieferen Preisen gegenüber den privaten nicht zu.

Auch mit der in diesem Sommer verabschiedeten Stipendienreform bildet der Kanton Zürich weiterhin das Schlusslicht in Sachen Stipendienvergabe. So weist der

Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen eine sehr tiefe Stipendienquote (Anteil der mit Stipendien unterstützten Personen in der Gesamtbevölkerung) aus. Die Stipendienquote war 2012 mit 0,31 Prozent nur halb so gross wie der schweizerische Durchschnitt von 0,61 Prozent. Im Kanton Basel-Stadt betrug die Stipendienquote 1,1 Prozent.

Bildung darf keine Sache des Portemonnaies sein. Die Bildungsinitiative ist eine erste Antwort auf die Kommerzialisierungstendenzen im Bildungsbereich. Weitere Schritte müssen folgen.

Um die Abstimmung zu gewinnen, werden wir unsere ganzen Kräfte mobilisieren müssen, da gleichzeitig auch über das Referendum gegen die zweite Gotthardröhre; die Durchsetzungsinitiative der SVP; die Initiative der CVP «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»; und die Initiative der Jusos, SP, Grünen und Hilfswerke gegen die Nahrungsmittelspekulation abgestimmt wird. Kämpfen wir für ein kräftiges JA zur Bildung!

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin



Und nochmals: Ja zur Bildung!

Ein Positionspapier der AL zur Bildung ist momentan als Entwurf auf der Website. Nachdem es die AL-Bildungsgruppe an der kantonalen Vollversammlung im Oktober präsentiert hat, wird es erneut überarbeitet. Anmerkungen gerne an: bildungsgruppe@al-zh.ch.

Unbestritten darin ist die Forderung nach Chancengleichheit, unbeschränktem Zugang zur Bildung für alle; das Bekenntnis zum dualen Bildungssystem; die Gleichgewichtung und gleiche Förderung von Lehrausbildungen und tertiärem Ausbildungsweg. Es soll keine Regulierung von Studierendenzahlen über Gebühren stattfinden und die eher kritische Haltung zum Lehrplan 21. Einig ist sich die VV auch, dass es flächendeckende, kostenlose und freiwillige Tagesschulen im ganzen Kanton Zürich geben sollte. Umstritten ist aber, ob dies mittelfristig obligatorisch werden muss (Siehe dazu Kontroverse auf Seite 8). Was für

einen zweiten Teil des Konsolidierungsprozesses noch verlangt wird ist, dass die gesamten Fragen zur Finanzierung auch in ein Bildungspapier gehören: wie hoch sollen die Bildungsausgaben sein? Was sind die Projekte mit der grössten Dringlichkeit? Wo kann man zusätzliches Geld generieren? Auch die in der AL-Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» vorgesehene Finanzierung der Kinderbetreuung über einen Fonds, an dem sich auch die Wirtschaft beteiligt, sollte Eingang in das Positionspapier finden. Inakzeptabel sind Sparmassnahmen im Bildungssektor. Die AL unterstützt ein von sämtlichen Kantons- und Volksschulen veröffentlichtes Manifest für die Bildung, das vor den langfristigen Folgen einer kurzfristigen Sparpolitik warnt und ein Bekenntnis zur Bildung als wichtiges Gut verlangt. Dem kann die AL nur zustimmen.

Dayana Mordasini

Das «würdevolle» Parlament



Es folgen einige Eindrücke aus meinem ersten halben Jahr im Kantonsrat.

Auch wenn ich mir der Bedeutung des Kantonsrats bewusst bin, nehmen manche ParlamentarierInnen

ihre Rolle schon sehr wichtig, in meinen Augen wirken sie dabei fast überheblich.

Diesen Eindruck erhielt ich bereits beim Einführungstag für ParlamentarierInnen: Die abtretende Parlamentspräsidentin hat unter anderem über die angemessene Kleidung im Rat referiert (Trägerleibchen sind ein No-go) und uns die Bedeutung des «ehrevollen» Bocks erklärt, auf dem sie selbst sass (das Kantonsratspräsidium). Auch die ordentliche Anrede, die von der Mehrheit der Parlamentsmitglieder von links bis rechts verwendet wird, zeugt von diesem Eindruck: Mit «Sehr geehrte Ratspräsidentin, sehr geehrte Frau Regierungsrätin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen» beginnen die meisten ihre Redebeiträge – besser werden sie dadurch aber nicht. Und auch mir persön-

lich wurde bereits am ersten Tag im Parlament (aus nicht-AL-Kreisen) erklärt, dass ich mein neues Amt entsprechend würdigen und respektieren soll. Diese Förmlichkeit hatte für mich von Anfang an die Sympathie eines Mahnfinders des Lehrer Lämpels – ich solidarisiere mich lieber mit Max und Moritz.

Oder anders gesagt: Wenn das ganze Parlament durch die Stadt marschieren würde, wäre es sicher nicht ich in meinem Kapuzenpullover der auffällt, sondern die ganze uniformierte Pinguinschar in Mantel und Anzug.

Was mich dann aber bei all der Lobhudelei auf das Amt am meisten erstaunt hat: Es gibt tatsächlich Parlamentarier, die zwar durchaus in Anzug und schön gekleidet im Parlament erscheinen, aber während der Sitzung nicht nur ein bisschen dösen, sondern wirklich schlafen – wenn das mal keine Doppelmoral ist! Übrigens bin ich auch bei allem Lästern selbst ein äusserst schlechter Moralist: Mir käme zwar nie in den Sinn, im Rat zu pennen – kann man sich in einer Fünferfraktion auch nicht erlauben – kam aber auch schon selbstverschuldet zu spät im Rat an.

Manuel Sahli, Kantonsrät AL

Masterplan Hochschulgebiet



Kürzlich fand im Vortragssaal des Kunsthhauses eine Informationsveranstaltung zum Masterplan Hochschulgebiet statt.

Plausibel gemacht werden sollte, weshalb

ETH, Uni und USZ hier und nur hier und nur alle drei gemeinsam bauen müssten. Auf dem Podium sassen Vertreter aller drei Institute, RR Kägi, SR Odermatt sowie ein an der ETH ausgebildeter Privatunternehmer, der mit einem eher peinlichen Beitrag unfreiwillig gerade die Notwendigkeit der Konzentration der drei Institute in Frage stellte. Als einziger Kritiker war nur Markus Knauss (GR Grüne) eingeladen worden. Es fehlte RR Thomas Heiniger, der mit seinen massiven Ausbauplänen für das USZ als zentrale Figur hinter dieser Planung steht.

Ähnlich megalomane Projekte gab es immer wieder. Zum Beispiel der geplante Zähringerdurchstich von der Mühlegasse zum Pfauen, mitten durch die Altstadt. 1933 wollte Karl Moser das Niederdorf

abbrechen und beidseits der Limmat mächtige Wohn- und Verwaltungsbauten hinklotzen. Die Ausräumung des Limmatraums ist eine Folge dieser Idee. 1971 sollte eine 4,5 km lange Waldstadt mit einem 30 m hohen Hochhausring in den Adlisberg gestellt werden. Gemeinsam ist all diesen Projekten, dass sie glücklicherweise scheiterten.

Zum Projekt, das der Kanton der Stadt – mit Verlaub – in Gutsherrenart diktiert, hat der Gemeinderat fast nichts zu sagen, nur gerade zu einer Baulinienänderung und allenfalls zur Verkehrserschliessung. Auch eine Volksabstimmung gibt es nicht. Der Kantonsrat stellt mit dem Richtplan die Weichen, der dann vom Baudirektor mit kantonalen Gestaltungsplänen realisiert wird. Dieses gigantische Projekt (350 000 m² Nutzflächen und 3.5 Mrd Franken Kosten) sei nötig und nur hier realisierbar, weil die führenden Kräfte aller drei Institute sich zum ideenbringenden Gespräch an der gemeinsamen Kaffeemaschine treffen müssten und nur so die weltweit führende Rolle des Forschungsstandorts Zürich erhalten werden könne. Ein paar Fragen bleiben da schon.

Edi Gugenheim, Gemeinderat AL

AL-InhALte mit Biss:

21. September: AL-Medienmitteilung zum Budget 2016. Dank einem rekordhohen Steuerertrag und Einmaleffekten im Umfang von 150 Millionen Franken kann der Stadtrat für das Jahr 2016 ein fast ausgeglichenes Budget vorlegen. Die Verschnaufpause ist erfreulich – finanzpolitische Zurückhaltung bleibt angesagt.

24. - 27. September: Auf Einladung des Komitees «Solidarität mit Griechenland» – bei dem die AL Mitglied ist – berichtet die Ärztin Vasiliki Vasileiou von der Solidaritätsklinik im Athener Stadtteil Omonia im Zürcher Volkshaus über ihre Arbeit.

28. September: AL-Veranstaltung im Helsinki. Niggi Scherr, Koni Loepfe, Markus Kunz und Walter Angst diskutieren über die EWZ-Ausgliederung und den Privatisierungswahn.



29. September: Lustvoller Wahlkampf: Gut 20 Aktivistinnen und Aktivisten der AL marschieren mit 46-Beznau-vom-Netz-now-Plakaten vom Sitz der Axpo-Holding und überbringen eine überdimensionale Pillenschachtel. «Wir wollen keine Beruhigungsspillen und keine Jodtabletten, wir wollen dass Beznau definitiv vom Netz geht!»



6. Oktober: Start Unterschriftensammlung zum Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz.



18. Oktober: Bei den Nationalratswahlen ist die SVP grosse Gewinnerin, die AL verpasst den Sitz im Nationalrat knapp.

Mut zur Hässlichkeit!



Er ist ein 118 Meter hoher Turm, dominant, grau, massiv und aus Beton. Er steht seit neustem im Industrie-Quartier und eine Flussbreite

von Wipkingen entfernt. Er ist unübersehbar. Wir im Quartier wollten den Kornsilos nicht, alle anderen in der Stadt schon. Von «schlanker Schönheit» werde er, pries ihn die Bauherrin Swiss-Mill an, und dass der Turm uns an ein überdimensioniertes «Getreidebündel» erinnern würde, auch dass man mit etwas ästhetischem Gespür «die marmorartigen Spuren auf seiner Oberfläche» würde visuell genießen können. Plötzlich, mitten im Sommer, stand er also da – und einige im Quartier dachten, das sei er nun. Es stellte sich schnell heraus, dass es sich erst um die erste von zwei Bauetappen handelte und sich vor uns nur eine Hälfte des Baus auftürmte. Jedenfalls liessen sich für kurze Zeit ein paar wankelmütige SilokritikerInnen dazu hinreissen, erleichtert mit einem «Ist ja gar nicht so schlimm» auszuatmen; andere erlaubten sich sogar den Vergleich mit einem ägyptischen Obelisken. Seit kurzem ist Bauetappe zwei abgeschlossen, der Turm ist jetzt doppelt so dick und eine säulenartige Eleganz geht ihm dadurch definitiv ab. Er ist unattraktiv. Er ist der hässliche und etwas kürzere Bruder des strahlkräftigen Prime Towers. Er steht uns WipkingernInnen vor der Sonne. Und – hier mein kleines Comingout – ich habe mich in der Zwischenzeit in ihn verliebt. Seine Hässlichkeit fasziniert und inspiriert mich. Und so unsensibel wie er aussieht, kann er nicht sein, denn er ist nahe am Wasser gebaut – kleiner Scherz. Ausserdem kann dank ihm, das muss man sich einmal vorstellen, in Krisenzeiten die Bevölkerung im Raum Zürich vier Monate lang mit Mehl und Brot versorgt werden. Und dann kriegt er bald auch noch Solarzellen verpasst. Der neue Turm ist im Vergleich zu seinem Strahlemann-Bruder sozial und ökologisch um einiges verträglicher. Vielleicht hat also dieser Graue Turm von Zürich dereinst die Chance, den Olymp der Zürcher Leuchttürme zu erklimmen, oder sogar zum einzig wahren Wahrzeichen dieser Stadt zu werden – mit internationaler Ausstrahlung, versteht sich. Für mich ist er es bereits.

Andrea Leitner

Tagesschulen Stadt Zürich: Freiwillig oder obligatorisch?

Der Stadtrat möchte bis 2025 flächendeckend Tagesschulen errichten. Ab 2016 – 2018 wird ein Pilotversuch in fünf Schulkreisen gestartet. Unbestrittenermassen steht die Linke hinter Tagesschulen. An der Frage, ob mit oder ohne obligatorischem Mittagessen scheiden sich jedoch die Geister.

Die Stadt soll mehr Tagesschulen errichten. Das entspricht einem Bedürfnis. Die Wartelisten der fünf bestehenden Tagesschulen belegen das. Die Teilnahme am Mittagessen in der Schule an den Tagen mit Unterricht am Nachmittag muss aber freiwillig sein. Das Argument, dass die Chancengleichheit durch das Obligatorium erhöht wird, bezweifle ich sehr. Als Hortleiterin betreue ich Kinder aus unterschiedlichen Schichten. Damit Kinder aus sozial schwachen Milieus wirklich mehr Chancen erhalten, braucht es eine sehr intensive und hochqualitative Betreuung. Dies ist aber im Konzept des Projekts «Tagessschulen 2025» der Stadt nicht vorgesehen. Die Kinder sollen gestaffelt verköstigt werden. Qualifiziertes Personal wird dabei nicht eingesetzt. Bekanntlich platzen die Schulen und Betreuungseinrichtungen aus allen Nähten. Deshalb sollen die Kinder nach dem Essen in die Turnhalle, die Bibliothek oder auf den Pausenplatz. Dies macht es schwierig, auf die einzelnen Bedürfnisse der Kinder einzugehen und sie zu unterstützen.

Es gibt aber noch ein viel gewichtigeres Argument, welches meiner Meinung nach gegen ein Obligatorium spricht: Die Eltern sollen aufgrund ihrer Lebensrealität selber entscheiden, wann und wie oft ihr Kind über Mittag betreut wird. Viele Eltern, welche die Möglichkeiten haben, entscheiden sich teils zu arbeiten, um Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können. Es ist auch nicht immer möglich, die Arbeitstage dem Stundenplan der Kinder anzupassen. Den Eltern vorzuschreiben wann ihr Kind an der Schule essen muss, ist ein grosser Eingriff in ihre Selbstbestimmung.

Es gibt ausserdem Kinder, die Ruhe vom Schulrummel mit all den sozialen Herausforderungen brauchen. Vor allem die Kindergarten- und Unterstufenkinder benötigen Pausen. Sie sollen zu Hause essen können, wenn das von den Eltern gewünscht wird. Die BefürworterInnen der ungebundenen Tagesschulen werden gerne als VerfechterInnen des konservativen Familienmodells bezeichnet. Dem ist entgegen zu halten: Alternative Lebensformen sollen und müssen lebbar sein! Egal, welches Familienmodell man lebt, es geht um Wahlfreiheit in der Gestaltung der persönlichen Lebenswelt.

Isabel Maiorano

Meine nicht repräsentative Umfrage ergab: Ein Obligatorium steht gegen den Zeitgeist – Distinktion an der Lifestyle-Party statt Obligation! Und Distinktion schaffen wir nicht nur mit dem E-Bike-Modell, das wir fahren, sondern auch mit dem Familienmodell, das wir postulieren (Bourdieu's feine Unterschiede oder, weil es hier ums Mittagessen geht, zur Vertiefung Audhems «Erziehung bei Tisch»). Item: Als Konservativer breche ich doch gerne eine Lanze für ein Obligatorium...

Zuerst ein Schritt zurück: Als Linker bin ich nicht «unbestrittenermassen» für die Tagesschule. DIE Tagesschule? Gibt es nicht! Ich (wir?) will eine gute Tagesschule. Kriegen tun wir, absehbar, das Light-Modell à la FDP. Tagesschule-Light aber schmeckt uns nicht, weder mit, noch ohne Suppe! Was wir wollen: Das Modell Staudenbühl (<https://goo.gl/shz9fi>), eine Tagesschule, die den Bedürfnissen der Kinder und dem Bedarf der Eltern gerecht wird; obligatorisch! Und entsprechend kostet. Kriegen wir aber nicht: «es» hat kein Geld...

Was tun? Die alte Frage stellt sich: Gibt es im Schlechten nichts Gutes? Lehnen wir die Tagesschule ab, wenn wir das Modell Staudenbühl nicht bekommen? Oder doch ein «JA», aber ohne Obligatorium? Weil wir es uns, anders als die Zwangsdoppelverdienenden an der Grenze zum Workingpoor, leisten können, unsere Kinder am Mittagstisch selbstorganisiert und frei zu füttern (Verpflegungsmodell als Distinktion!)? Was folgt dann? Erodieren wir das Gemeinsame, Verpflichtende weiter? Das Ende aller Obligationen! Führerprüfung, Steuerzahlen, Hundekurse, Schulpflicht, Impfwang, KVG, RS und BVG... Liberté statt Egalité!

Ein falscher Ansatz! Denn das ist das Ende der Politik, der Regelung der Angelegenheiten des Gemeinwesens durch verbindliche Entscheidungen. Nur weil wir heute nicht die Allianzen schmieden können, Staudenbühl statt FDP-Light durchzusetzen, sollen wir uns nicht mit Jekami oder Teilobligatorien aus der Verantwortung stehlen, gemeinsam für eine gute Tagesschule für alle zu kämpfen! Politik statt Lifestyle-Party!

Markus Pfister,
Schulleitung Primarschule Bonstetten, Schulpfleger Glatttal.